

Der Hauptvorausschlag der Stadt Wien.

Wien, 14. Juni.

Der Stadtrat hat gestern die Beratung des Hauptvorauschlages für das Verwaltungsjahr 1918/19 (Berichterstatteur Vizebürgermeister Hof) fortgesetzt. Bei der Gruppe 5 (Sicherheitswesen) klagte Dr. Hein über die derzeitigen schlechten Sicherheitszustände in Wien und wünscht, daß an die Regierung herangetreten werde, sie möge alles zur Besserung der Verhältnisse anbieten. — Stadtrat Spalowsky weist auf die ungenügende Anzahl von Sicherheitswachorganen hin und den dadurch herbeigeführten schweren Dienst der Zurückgebliebenen. Es wäre zu wünschen, daß die Sicherheitswachmänner vom Militärdienste entbunden werden. Er bespricht sodann die mangelhafte Beleuchtung der Straßen, welche viel zu den ungünstigen Verhältnissen beitrage. — Stadtrat Fraß bemerkt, daß die große Anzahl der Filmlager eine stete Gefahr für Wien bedeuten. Er wünscht eine genaue Kontrolle und die Revision der bestehenden Vorschriften. Auch die in der letzten Zeit errichteten Seidenabfallgeschäfte sollen einer strengeren Kontrolle unterzogen werden. — Stadtrat Müller wünscht die Zusammenlegung der fünf freiwilligen Feuerwehren Meidlings, ferner die Automobilisierung der Pöschgeräte und die Errichtung einer zentral gelegenen Feuerwache.

Bei der Gruppe 6 (Öffentliche Arbeiten) beantragt Stadtrat Körber eine Organisation der Mistabfuhr in der Weise, daß die Mistwagen als Anhängewägen der Straßenbahn die Mistabfuhr besorgen. Der Straßen- und Hausmist könnte dann weit über die Grenzen der Stadt hinausgeführt und von den Bauern übernommen werden. Damit könnte endlich auch der Bruchhausen im 2. Bezirk beseitigt werden. — Stadtrat Fraß bemängelt das Liegenlassen der Sandhaufen in den Straßen. — Stadtrat Müller bespricht die Regelung der Straßensäuberung und wünscht deren einheitliche Durchführung durch den Magistrat. — Stadtrat Jung fordert eine Reform der Straßenbespitzung und der Schneefuhr. — Stadtrat Dr. Hein wünscht Auskunft über den Stand der Versuche über die Kehrichtverwertung und Kehrichtverbrennung und verweist auf den schlechten Zustand, in welchem sich die Koprothorgefäße befinden. — Stadtrat Hohenlunner fordert Abhilfe der Zustände

im Maria Josefa-Park, der als Lagerstätte den Soldaten dient und als fliegender Markt von Händlern benützt wird.

Bei der Gruppe 7 (Markt- und Approvisionierungswesen) ersucht Stadtrat Hohenlunner den Bürgermeister, er möge namens des Stadtrats den Ernährungsminister aufmerksam machen, daß die Einführung der Transportscheine für Obst und Gemüse in Ungarn auf den Wiener Markt schädlich wirke und eine Verminderung der Zufuhr zur Folge habe.

Stadtrat Schmid fordert die Errichtung eines Bades im 4. Bezirk. — Stadtrat Dr. Haas wünscht, daß der Platz für das im 4. Bezirk geplante Bad so gewählt werde, daß es auch von der Bevölkerung des 3. Bezirkes benützt werden kann. — Stadtrat Dr. Hein weist darauf hin, daß viele Millionen für Tuberkulosefürsorge von privater Seite gesammelt wurden, für Wien aber nur ein minimaler Betrag bestimmt ist. Er verlangt eine entschiedene Stellungnahme der Gemeinde Wien, damit dieser ein größerer Betrag zugewendet werde.

Bei der Gruppe 9 (Armen- und Wohlfahrtswesen) bespricht Stadtrat Haas den mangelhaften Zustand, in welchem sich die städtische Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse befindet, sowie die Ueberfüllung der Säuglingsstube daselbst. Der Magistrat sei zu beauftragen, für die ehefte Abhilfe zu sorgen. Stadtrat Brauneiß unterstützt diese Anregung. — Stadtrat Dr. Hein beantragt, es möge dahin gewirkt werden, daß die Aufnahmebedingungen im Landeskindenheim abgeändert und dort ebenso wie in der Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse ausnahmslos alle der Pflege bedürftigen Kinder aufgenommen werden. Redner spricht sich ferner dagegen aus, daß bei der Wahl von Armenräten parteipolitische Erwägungen maßgebend seien.

Bei der Gruppe 11 (Unterrichtswesen) spricht Stadtrat Hohenlunner den Wunsch aus, daß in Bezirken, die eine liberale Minderheit im Bezirksrate haben, bei Zusammensetzung der Ortschulräte die Minderheit verhältnismäßig berücksichtigt werde. — Stadtrat Spalowsky bezeichnet diesen Antrag als nicht zum Beratungsgegenstand gehörig. Die Partei des Antragers habe dort, wo sie die Macht hat, die Christlichsozialen auch nicht anders behandelt, und er sehe daher nicht ein, warum man ein größeres Entgegenkommen von den Christlichsozialen verlangt. — Vizebürgermeister Hof stellt fest, daß diese Frage nur im Einvernehmen von Partei zu Partei sich regeln lasse. Solche Verhandlungen einzuleiten, sei Sache der betreffenden Minderheit. — Stadtrat Spalowsky wünscht die Freigabe aller von der Militärbehörde derzeit noch belegten Schulen. — Vizebürgermeister Hof weist auf die bisherigen Bemühungen der Gemeindeverwaltung hin und erklärt, es werde auch in Zukunft mit allen Mitteln getrachtet werden, sämtliche Schulen freizubekommen.